

Berlin, den 13. Mai 2002

Beschluss des Bundesvorstands der CDU Deutschlands

Medien: Freiheit und Verantwortung

Grundsätze der CDU Deutschlands zur Medienpolitik

Wir wollen freie und unabhängige Medien, die mit einem verantwortungsbewussten Umgang des in der Verfassung garantierten Grundrechts der Meinungs- und Pressefreiheit zu einer wirksamen Kontrolle staatlicher Macht beitragen. Sie sorgen gleichzeitig für die Informationsfreiheit der Bürger. Voraussetzung für eine funktionsfähige Medienordnung ist die Vielfalt der Medienangebote, die sowohl durch eine entschlossene Anwendung des Kartell- und Medienrechts als auch durch Rahmenbedingungen, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sichern, gewährleistet werden muss.

Die Unabhängigkeit der Medien ist durch freiheitliche Mediengesetze, privatwirtschaftliches Engagement, den Markt als Korrektiv und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesichert. Parteien als Verleger oder als private Rundfunkveranstalter passen nicht in eine liberale Medienordnung. Ihre unternehmerische Tätigkeit, die den chancengerechten Wettbewerb von Parteien im Meinungs- und Willensbildungs-Prozess beeinträchtigt, ist gesetzlich zu unterbinden.

Die Freiheit der Medien muss mit Verantwortung bei der Vermittlung von Informationen gepaart sein. Journalismus ist keine Mission, sondern professioneller Dienstleistungsauftrag der Information. Journalisten müssen sich der Wahrheit, nicht der Sensation verpflichten. Die Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung und des Persönlichkeitsschutzes sowie die Rücksichtnahme auf sittliche, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen sind wesentliche Gebote journalistischer Selbstverantwortung.

Die Medienwirtschaft ist vom weltweiten Zusammenwachsen bisher getrennter Kommunikationstechniken geprägt, nämlich der Integration von Sprache, Text, Video und Audio durch Telekommunikation, Unterhaltungselektronik und Computertechnik. Diese Medien-Konvergenz stellt die Medienpolitik vor neue Herausforderungen, die auch mit vermehrter Deregulierung beantwortet werden sollen. Unser Grundsatz lautet: So viel Freiheit wie möglich, so viel Ordnung wie nötig. Die Medienkonvergenz bietet eine große wirtschaftliche Chance, die es zu nutzen gilt.

Gedruckte Medien, wie Zeitungen, Zeitschriften oder das Buch sind privatwirtschaftlich und damit frei und unabhängig organisiert. Aushöhlungen des Tendenzschutzes lehnen wir ebenso ab wie Beeinträchtigungen der publizistischen Freiheit oder die zunehmende Zahl von Werbebeschränkungen.

Wir bekennen uns zur gewachsenen dualen Rundfunkordnung von privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstaltern zur Sicherung von Qualität und Vielfalt. Beide Wettbewerber brauchen faire Entwicklungschancen.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter sollen sich auf ihre Kernkompetenzen bei ihrer gesellschaftspolitischen, kulturellen und föderalen Verantwortung konzentrieren. Ihr Grundversorgungs- und Funktionsauftrag ist im Rundfunkstaatsvertrag sowie in den Mediengesetzen der Bundesländer zu konkretisieren. Eine Ausweitung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu Lasten der privaten Konkurrenz lehnen wir ab.

Wir treten dafür ein, dass öffentlich-rechtlicher Rundfunk auch in Zukunft seine originäre Aufgabe der Grundversorgung umfassend erfüllen kann. In dieser Funktion gebühren ihm

der besondere verfassungsrechtliche Schutz und ein Finanzierungsprivileg. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Zukunft die Allgemeinheit die zur Erfüllung dieser spezifischen Aufgabe erforderlichen Finanzmittel in vertretbarem Rahmen zur Verfügung stellt.

Es ist zu prüfen, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk künftig über den Grundversorgungsauftrag hinausgehende Angebote einschließlich des Onlinebereichs unabhängig von öffentlichen Mitteln und ohne den verfassungsrechtlichen Schutz tätigen kann. Dies setzt eine doppelte Buchführung im Sinne der EU-Transparenzrichtlinie voraus.

Insbesondere im Online-Bereich geht das derzeitige Engagement der öffentlich-rechtlichen Anstalten über den Grundversorgungsauftrag hinaus. Wir begrüßen deshalb die Aufforderung der KEF an die öffentlich-rechtlichen Anstalten, ein klares Konzept vorzulegen, das neben der Zusammenführung der Angebote klare Kriterien für deren Begrenzung und Konzentration auf Programmbegleitung in einem engeren als bisher verstandenen Sinn vorsieht.

Die aufgabengerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist neu zu regeln. Eine allein ans Empfangsgerät gekoppelte Rundfunkgebühr ist nach der Konvergenz der Empfangsgeräte nicht mehr zu halten. Eine Gebühr für jeden internetfähigen PC ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland undenkbar. Eine einheitliche Abgabe auf ein rundfunktaugliches Gerät je Haushalt und Betriebsstätte soll Kern einer Neuregelung sein.

Wir bereiten uns auf den Weg für eine neue Medienordnung mit einer klaren Trennung von gebühren- und werbefinanziertem Rundfunk vor. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk soll sich langfristig nur aus Gebühren finanzieren, privater Rundfunk dagegen aus Werbung und anderen wirtschaftlichen Aktivitäten. Gesetzliche Restriktionen bei der Werbung sind zu lockern.

Die staatsfreie Selbstkontrolle privater Medien sichert Eigenverantwortung und Unabhängigkeit, sollte daher für künftiges europäisches Recht beispielgebend sein. Die zurzeit komplizierteste Medienregulierung der Welt sollte im Interesse von politischer und ökonomischer Effizienz wie zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch eine in ihren Zuständigkeiten gebündelte und mit einheitlichen Maßstäben arbeitende Medienaufsicht ersetzt werden.

Angesichts der verharmlosenden und immer hemmungsloseren Darstellung von Gewalt in Massenmedien, Videofilmen oder Computerspielen rufen wir nicht nur die Eltern zur Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrages auf, sondern wir wollen auch eine Verbesserung des Jugendmedienschutzes, für den die Zuständigkeiten bei der Aufsicht gebündelt werden müssen. Die einheitliche Zuständigkeit der Länder für den Jugendschutz im Bereich der elektronischen Medien ist ein erster wichtiger Schritt.

Dazu gehört aber auch eine qualifizierte Medienerziehung der Kinder bereits im Kindergarten sowie in der Schule. Außerdem sollte Medien-Ethik Bestandteil einer breiten gesellschaftlichen Diskussion sein und auf die Tagesordnung selbstkritischer Bestandsaufnahmen der Medien-Macher kommen.

Wir wollen eine verbesserte mediale Außendarstellung unseres Landes. Dem Auslandsrundfunk kommt die Aufgabe zu, unser Land der Welt vielfältig und realistisch zu vermitteln und gleichzeitig eine Stimme der Freiheit für Menschen ohne Informationsfreiheit zu sein. Im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit muss die Deutsche Welle staatsfern und unabhängig sein. Sie braucht eine aufgabengerechte Finanzausstattung. Sie sollte im zusammenwachsenden Europa vermehrt die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Auslandsrundfunksendern suchen, das Internet für den interkulturellen Dialog nutzen und ihren Krisenrundfunk ausbauen. Gleichzeitig sollte sie stärker als

bisher als Instrument zur weltweiten Vermittlung der deutschen Sprache eingesetzt werden.

Wir wollen die Chancen des Internet, das menschliche Kommunikation ebenso revolutioniert wie wirtschaftliches Handeln, entschlossener nutzen. Schulen und Hochschulen müssen stärker ans Netz, die Aus- und Fortbildung von Lehrern muss im Interesse der Integration digitaler Unterrichtsinhalte verbessert werden. Internet geht uns alle an. Zur Verhinderung von digitalem Analphabetismus müssen Angebote und der Zugang für alle Alters-, Bildungs- und Einkommensschichten verbessert werden.

Die Medien- und Informationswirtschaft gehört zu den volkswirtschaftlichen Motoren. Der Medienstandort Deutschland verfügt angesichts seines hohen Breitbandverkabelungsgrades über eine hervorragende technische Infrastruktur, die sowohl mehr Kapazität für Rundfunk und intensiveren Wettbewerb zum Beispiel bei Telefonie und Hochgeschwindigkeits-Internet zulässt. Wir wollen, dass diese bislang unzureichend genutzten Möglichkeiten als Chance erkannt und umgesetzt werden. Unser Ziel ist die Nutzung des Kabels für eine Erweiterung der Dienstleistungspalette und mehr Wettbewerb.

Der Film ist ein wichtiges Kultur- und Wirtschaftsgut. Wir werden die Rahmenbedingungen für den deutschen Film verbessern. Dazu gehören die verstärkte Beteiligung privaten Kapitals an Film- und Fernsehproduktionen in Deutschland durch steuerliche Maßnahmen sowie die Stärkung der Position unabhängiger Produzenten. Durch Neugestaltung des Urhebervertragsrechts muss die Wettbewerbssituation der deutschen Filmwirtschaft verbessert werden.